S 19 AL 482/19

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	9
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	1.) Nach ständiger Rechtsprechung des BSG darf ein Gericht der Sozialgerichtsbarkeit auch keine Teilverweisung an das Zivilgericht vornehmen, wenn das angerufene Gericht zumindest für einen Teil der einschlägigen materiellen Ansprüche zuständig ist, weshalb von dem Ausspruch einer teilweisen Unzulässigkeit des Rechtsweges und einer teilweisen Verweisung des Rechtsstreits an die für Amtshaftungsansprüche zuständigen ordentlichen Gerichte gemäß § 17a Abs. 2 GVG abzusehen ist. 2.) Dies gilt auch dann, wenn das Gericht den auf den Amtshaftungsanspruch bezogenen Antrag des Klägers vor Verweisung des Rechtsstreits abgetrennt hat.
Normenkette	-
1. Instanz	
Aktenzeichen	S 19 AL 482/19
Datum	16.12.2019
2. Instanz	
Aktenzeichen	L 9 AL 5/20 B
Datum	02.06.2020
3. Instanz	
Datum	-

Auf die Beschwerde des Klägers wird der Beschluss des Sozialgerichts Düsseldorf vom 16.12.2019 abgeändert. Der Rechtsweg zu den Sozialgerichten wird für zulässig erklärt. Die Beklagte trägt die notwendigen außergerichtlichen Kosten des Klägers für das Beschwerdeverfahren. Die weitere Beschwerde an das Bundessozialgericht wird nicht zugelassen.

Gründe:

Die nach [§ 17a Abs. 4 Satz 3](#) des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) i.V.m. [§ 172 Abs. 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) statthafte und auch im obigen zulässige Beschwerde des Klägers vom 02.01.2020 gegen den ihm am 18.12.2019 zugestellten Beschluss des Sozialgerichts Düsseldorf vom 16.12.2019, mit dem dieser sich gegen die Verweisung des zu Grunde liegenden Rechtsstreits an das Landgericht M wendet, ist begründet.

Zu Unrecht hat das Sozialgericht den Rechtsweg zu den ordentlichen Gerichten ([§ 13 GVG](#)) hinsichtlich des auf Schadensersatz gegen die Beklagte aus dem Gesichtspunkt der Amtshaftung ([Art. 34 GG](#) i.V.m. [§ 839 BGB](#)) gerichteten Begehrens des Klägers (Schriftsatz vom 13.09.2019 unter Ziffer 8 zum Verfahren S 19 AL 487/18) für zulässig erachtet. Zwar besteht nach [§ 71 Abs. 2 GVG](#) eine ausschließliche Zuständigkeit der Landgerichte u.a. für geltend gemachte Amtshaftungsansprüche nach [Art. 34 GG](#). Einer Verweisung an das Landgericht M steht im vorliegenden Fall jedoch entgegen, dass es sich, anders als das Sozialgericht meint, nach vorzunehmender Gesamtwürdigung der von dem Kläger gegen die Beklagte gerichteten Begehren um eine unzulässige Teilverweisung handelt, an der auch die mit Beschluss des Sozialgerichts vom 30.09.2019 vorgenommene Abtrennung des schriftlichen Antrages des Klägers zu 8) von den anderen von ihm erhobenen Ansprüchen nichts zu ändern vermag. Vielmehr liegt hier aufgrund der sonstigen, von dem Kläger gegen die Beklagte erhobenen materiellen Ansprüche insgesamt eine öffentlich-rechtliche Streitigkeit ([§ 40 Abs. 1 Satz 1](#) der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)) vor, für die nach der abdringenden Sonderzuweisung des [§ 51 Abs. 1 Nr. 4 SGG](#) der Rechtsweg zu den Sozialgerichten eröffnet ist, weil sie (auch) eine Angelegenheit der Arbeitsförderung einschließlich der obigen Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit betrifft.

Nach ständiger Rechtsprechung des BSG, der sich der Senat anschließt, darf ein Gericht der Sozialgerichtsbarkeit keine Teilverweisung an das Zivilgericht vornehmen, weil einerseits das GVG keine Teilverweisung kennt und andererseits der Verweisung des gesamten Rechtsstreits der Grundsatz entgegensteht, dass eine solche nicht erfolgen darf, wenn das angerufene Gericht zumindest für einen Teil der einschlägigen materiellen Ansprüche zuständig ist. Deshalb ist auch von dem Ausspruch einer teilweisen Unzulässigkeit des Rechtsweges und einer teilweisen Verweisung des Rechtsstreits an die für Amtshaftungsansprüche zuständigen ordentlichen Gerichte gemäß [§ 17a Abs. 2 GVG](#) abzusehen (BSG, Beschl. v. 30.07.2014 – [B 14 AS 8/14 B](#) –, juris Rn. 5; BSG, Beschl. v. 13.06.2013

â□□ [B 13 R 454/12 B](#) -, juris Rn. 21; BSG, Beschl. v. 31.10.2012 â□□ [B 13 R 437/11 B](#) -, juris Rn. 10).

Im vorliegenden Fall hat sich der KlÃ¤ger mit den (wenn auch teilweise unstrukturierten) schriftlichen AntrÃ¤gen zu 3) bis 7) inhaltlich und zum wiederholten Male gegen die bestandskrÃ¤ftigen, weil durch rechtskrÃ¤ftige Urteile des LSG NRW (s. Urteil des Senats v. 10.03.2016 â□□ L 9 AL 68/12 -) bestÃ¤tigten Aufhebungs-, RÃ¼ckforderungs- und Ablehnungsbescheide der Beklagten hinsichtlich Arbeitslosenhilfe bzw. Arbeitslosengeld gewandt und hiermit materielle AnsprÃ¼che erhoben, fÃ¼r die der Rechtsweg zu den Sozialgerichten nach [Â§ 51 Abs. 1 Nr. 4 SGG](#) gegeben ist. Bei WÃ¼rdigung seines gesamten Vorbringens steht der erhobene Amtshaftungsanspruch des KlÃ¤gers gegen die Beklagte erkennbar im Zusammenhang mit seinen gegen die Bundesagentur erhobenen sonstigen materiellen Begehren, die wiederum auf ihren o.a. (rechtmÃ¤Ãigen) Entscheidungen zum fehlenden Anspruch des KlÃ¤gers auf Arbeitslosenhilfe bzw. Arbeitslosengeld beruhen. Auch wenn sich der KlÃ¤ger hinsichtlich der ihm durch drei Instanzen sowie den Ausgang der nachfolgenden, MahngebÃ¼hren betreffenden Verfahren hinreichend verdeutlichten Rechtslage weiterhin uneinsichtig gezeigt hat, vermag dies an der Verortung des Rechtsstreits im Ã¶ffentlichen Recht mit der Konsequenz der UnzulÃ¤ssigkeit einer Teilverweisung an die ordentlichen Gerichte nichts zu Ã¤ndern. Gleiches gilt auch im Hinblick darauf, dass das Sozialgericht den auf den Amtshaftungsanspruch bezogenen Antrag des KlÃ¤gers vor Verweisung des Rechtsstreits abgetrennt hat. Denn eine solche Verfahrenstrennung ([Â§ 202 SGG](#) i.V.m. [Â§ 145 ZPO](#)), die sich â□□ wie hier â□□ als reine "Vorbereitungshandlung" fÃ¼r die Verweisung des Rechtsstreits nach [Â§ 17a Abs. 2 Satz 1 GVG](#) darstellt, IÃ¼sst den Charakter als Teilverweisung unberÃ¼hrt, wenn der KlÃ¤ger wie im vorliegenden Fall ursprÃ¼nglich mehrere materielle, die ZustÃ¤ndigkeit der Sozialgerichte begrÃ¼ndende AnsprÃ¼che im Wege der objektiven KlagehÃ¤ufung verfolgt hat. Der verfolgte Amtshaftungsanspruch kann daher auch im Fall einer der Verweisung vorausgegangenen Abtrennung nicht isoliert von den Ã¼brigen AnsprÃ¼chen betrachtet werden.

Die im vorliegenden Verfahren der Rechtswegbeschwerde notwendige Kostenentscheidung (vgl. nur BSG, Beschl. v. 26.10.2010 â□□ [B 8 AY 1/09 R](#) -, juris Rn. 20 m.w.N.) beruht auf einer entsprechenden Anwendung des [Â§ 193 SGG](#). Bei dem KlÃ¤ger handelt es sich um einen LeistungsempfÃ¤nger i.S.d. [Â§ 183 Satz 1 SGG](#), weil er â□□ jedenfalls sinngemÃ¤Ã â□□ geltend macht, dass dieser Umstand auch den Rechtsweg bedinge (s. BSG, Beschl. v. 25.09.2013 â□□ [B 8 SF 1/13 R](#) -, juris Rn. 12).

GrÃ¼nde, die weitere Beschwerde zum BSG wegen grundsÃ¤tzlicher Bedeutung nach [Â§ 17a Abs. 4 Satz 4](#) und 5 GVG zuzulassen, bestehen nicht.

Erstellt am: 02.07.2020

Zuletzt verändert am: 23.12.2024